

Antrag

A7 Unsere Zukunft braucht Investitionen – jetzt!

Antragssteller*innen: HV (dort beschlossen am: 09.05.2025)

Antragstext

1 Es waren stets ‚die Jugend‘ und zukünftige Generationen, die zur Begründung der
2 Aufrechterhaltung der Schuldenbremse herhalten mussten. Die Berücksichtigung von
3 jungen Menschen bei dieser politischen Frage ist so richtig und wichtig, wie sie
4 es auch bei allen anderen Fragen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
5 Weichenstellungen sein muss. Doch die Betrachtung greift zu kurz, wenn sie
6 ausschließlich die finanziellen Schulden fokussiert – und dabei die wachsenden
7 Investitionslücken ausblendet, die junge und zukünftige Generationen mit den
8 Folgen einer maroden Infrastruktur, eines überlasteten Bildungssystems, der
9 Klimakrise und wachsender sozialer Ungerechtigkeit zurücklässt. Insbesondere
10 ländliche und strukturschwache urbane Räume sind von Investitionsrückständen
11 stark betroffen und müssen von einem zunehmenden Strukturabbau geschützt werden.
12 Besonders betroffen sind dabei mehrfach marginalisierte Personen – etwa Frauen,
13 intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans* und agender Personen, insbesondere
14 solche mit Migrationsgeschichte oder Behinderung –, deren vielfältige
15 Diskriminierungserfahrungen die negativen Folgen unzureichender Investitionen
16 noch verschärfen. Besonders problematisch ist die zunehmende Kluft zwischen
17 jenen, die durch privates Kapital kompensieren können und jenen, die dieses
18 Privileg nicht haben. So beobachten wir mit wachsender Sorge, dass sich der
19 gesellschaftliche Reichtum immer stärker konzentriert: Während das wohlhabendste
20 Prozent der Bevölkerung über mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens verfügt

[Fußnote:

22 https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/

23 =

24 [millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen](#)

25 =

26 [konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html#section7](#)], geraten immer mehr

27 Menschen durch steigende Lebenshaltungskosten in existenzielle Bedrängnis – oft
ohne finanzielle Rücklagen oder eigenes Vermögen, um diese Belastungen
abzufedern.

28 Viele – für junge Menschen zentrale – Lebensbereiche leiden seit Jahren unter
29 massiven Investitionsrückständen. Spart der Staat bei Mitteln für
30 außerschulische Bildung, Jugendbildungsstätten und Unterstützungsstrukturen für
31 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, entzieht er ihnen wichtige Erfahrungs-
32 und Entwicklungsräume. Zugleich sendet er das Signal, dass ihre Anliegen

33 politisch kaum Gewicht und Einfluss haben. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf
34 die konkreten Lebenswirklichkeiten von jungen Menschen aus, sondern schwächt
35 auch ihr Vertrauen in Politik und ihre Akteur*innen, Politik, Demokratie und
36 gesellschaftliche Teilhabe. Darum sind auch Investitionen in digitale
37 Souveränität notwendig, die langfristig eine Unabhängigkeit von Tech-Monopolen
38 und autokratischen Systemen garantieren, damit auch junge Menschen und
39 zukünftige Generationen an freien digitalen Räumen teilhaben können.

40 Das ist ein gewichtiges Problem, denn „die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft
41 bemisst sich nicht zuletzt daran, welche Perspektiven und Zukunftschancen sie
42 ihrer Jugend gibt.“^[1] Daher setzen wir uns als katholische Jugendverbände dafür
43 ein, dass alle heute und zukünftig lebenden Kinder, Jugendlichen und jungen
44 Erwachsenen in ihrer Vielfalt faire, gerechte und verlässliche Lebenschancen
45 erhalten. Dies bedingt die Notwendigkeit, alle wirtschaftlichen,
46 gesellschaftlichen und politischen Weichenstellungen und Entscheidungen
47 daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie dem guten Leben junger und zukünftiger
48 Generationen dienen – ob sie Generationengerechtigkeit fördern oder gefährden.
49 In diesen Prozess müssen junge Menschen aktiv einbezogen werden, denn sie sind
50 die Expert*innen für ihre Lebenswelten.

51 Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der Katholischen Soziallehre setzt sich
52 der BDKJ für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft ein, die
53 Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und soziale und ökologische
54 Nachhaltigkeit als zentrale Grundwerte umsetzt.

55 Dabei sind Investitionen in dieser Gesellschaft unabdingbar.^[2] Nur durch
56 gezielte Investitionen in Strukturen, die jungen Menschen zugutekommen, können
57 Zukunftschancen für alle Menschen langfristig gesichert werden. Investitionen,
58 die sich langfristig auszahlen – etwa durch die Bekämpfung von Kinder- und
59 Jugendarmut – führen in der Zukunft zu geringeren Folgekosten in Bereichen wie
60 Gesundheit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Gleiches gilt für
61 Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise [Fußnote:
62 <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0>]. Solche Investitionen sind
63 Ausdruck von Verantwortung gegenüber jungen und zukünftigen Generationen. Dabei
64 ist zentral, dass Investitionen nicht nur sozial und ökonomisch tragfähig sind,
65 sondern auch ökologisch verantwortungsvoll erfolgen. Investitionen müssen an den
66 Zielen der Agenda 2030 ausgerichtet sein und die planetaren Belastungsgrenzen
67 achten.

68 Daher fordern wir:

- 69 • Eine Reform der Schuldenbremse, die die nötigen Investitionen für eine
70 kinder- und jugendgerechte Gesellschaft langfristig sicherstellt
- 71 • Nachhaltige und umfassende Investitionen in Bildung, außerschulische
72 Angebote, öffentliche Infrastruktur, Bekämpfung der Klimakrise, digitale
73 Souveränität, Kultur und soziale Teilhabe. Dafür braucht es eine
74 Definition positiver Investitionskriterien.

- Eine Entscheidung für Investitionen für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft unter aktiver Mitgestaltung junger Menschen
- Investitionen in eine sozial-ökologische Transformation, insbesondere in nachhaltige Energieversorgung, klimafreundliche Mobilität, ressourcenschonende Bauweise und zukunftsfähige Ernährungssysteme.

Das Kriterium der Kinder- und Jugendgerechtigkeit soll sicherstellen, dass sowohl heutige als auch zukünftige Kinder und Jugendliche wirklich profitieren – und zwar über eine reine Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben hinaus.

Dabei ist für uns aus christlicher Perspektive klar: Die Finanzierung dieser Investitionen muss solidarisch erfolgen. Das bedeutet:

- Einsparungen bei Menschen am Existenzminimum sind ausgeschlossen. Im Gegenteil muss hier geprüft werden, ob die aktuelle Berechnung des Existenzminimums tatsächlich eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.
- Stattdessen sollen außerordentlich Vermögende mit ihren gewachsenen Möglichkeiten stärker in die solidarische Finanzierung unserer Gesellschaft einbezogen werden.

Unsere Zukunft braucht jetzt Investitionen. Wenn wir jetzt in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft investieren, profitieren wir alle!

[1] Gemeinsames Wort der Kirchen, Nr. 204

[2] Dies legen die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung und der Bundesverband der Deutschen Industrie übereinstimmend dar:

https://www.boeckler.de/pdf/pm_imk_2024_05_14.pdf ;

<https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/bdi-papier-zu-zusaetzlichem-oeffentlichen-finanzierungsbedarf-rund-400-milliarden-euro-ueber-zehn-jahre>

Begründung

Unsere Demokratie wird durch die aktuelle Weltlage von außen stark bedroht: Durch den Wegfall der USA als verlässlichen Partner, durch die fortschreitende Klimakrise und Akteure, die Demokratien durch Desinformationen zu spalten versuchen. Von innen schaden ihr u. a. die jahrelang ausgebliebenen Investitionen in unsere Gesellschaft. Dies macht eine Reform, die Investitionen in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft heute und morgen ermöglicht, dringend erforderlich.

Mit dem vorliegenden Antrag korrigieren wir auch unseren Beschluss 3.66 „Gerechte Generationenpolitik – zukunftsfähig und solidarisch“ von 2013. Dieser enthält viele Aspekte einer gerechten Generationenpolitik, die auch heute noch richtig, wichtig und gültig bleiben. Die darin geforderte uneingeschränkte Gültigkeit der Schuldenbremse lässt jedoch all jene Schulden aus dem Blick, die durch fehlende Investitionen zu Lasten gerade junger Menschen entstehen. Durch den vorliegenden Antrag wird dies korrigiert, um so unseren Einsatz für eine tatsächlich generationengerechte Politik genau dann zu bekräftigen, wenn wohlmöglich eine bundespolitische Entscheidung in dieser Frage kurz bevorsteht.